

An alle mit der
Kindertagesbetreuung
beruflich oder ehrenamtlich
Befassten

Dr. Dennis Maelzer Mdl.
Sprecher im Ausschuss für Familie,
Kinder und Jugend

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 20 25
Fax: 0211 - 884 31 55
dennis.maelzer@landtag.nrw.de

02.12.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

als Sprecher für Kinder, Jugend und Familie der SPD-Fraktion im Landtag
NRW sende ich Ihnen und Euch die folgenden Informationen:

1. Nach der Reform ist vor der Reform – KiBiz und kein Ende in Sicht

Der Landtag hat eine Fortschreibung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) beschlossen. Anders als in den Jahren davor wäre eine grundlegende Reform möglich gewesen, denn die Bereitschaft bei allen Akteuren zu wirklichem Wandel und auch das Geld dafür waren da. Es bleibt jedoch alles beim Alten. Es bleibt bei den Kindpauschalen und bei den Personalstandards, die Armin Laschet als Familienminister eingeführt hatte und die jetzt fortgeschrieben werden. Das KiBiz ist weiter nicht auskömmlich, es liefert keine Planungssicherheit und die Qualität stagniert bestenfalls. Das führt zu der düsteren Prognose, die etwa Helga Siemens-Weibring, Beauftragte für Sozialpolitik des Diakonischen Werks gegenüber der Rheinischen Post herausstellte: „Wir werden Kita-Träger verlieren, weil die Finanzierung nicht auskömmlich ist. Das trifft insbesondere kleinere Träger.“

Gegen die Pläne von NRW-Familienminister Dr. Stamp (FDP) demonstrierten in diesem Jahr mehr als 10.000 Erzieher_innen am Rhein in Düsseldorf und mehr als 80.000 Protest-Unterschriften wurden eingereicht, deren Annahme allerdings von den regierungstragenden Fraktionen verweigert wurde. Bei keinem Reformschritt wurde Konsens mit den freien Trägern, den Gewerkschaften als Vertretern der Beschäftigten, Verbänden der Tagespflege und den Eltern gesucht. Sie wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Protest wollte man nicht wahrnehmen. Er wurde mit einer unsäglichen Arroganz der Macht negiert. Höhepunkt war die Behauptung,

das Bündnis „Mehr Große für die Kleinen“ habe sich nicht an den Minister gerichtet: „Weil ich Recht habe“, lautete das Credo von Dr. Stamp. Das ist blanke Ignoranz gegenüber den protestierenden Eltern, Gewerkschaften, Erzieher_innen und Trägern.

Schwarz-Gelb blendet die familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt nahezu komplett aus. Eltern wird hingegen ein Kinderbetreuungssystem suggeriert, das maximale Flexibilität anbieten könne. Das zeigt sich exemplarisch bei der Kindertagespflege. Zwar ist mit dem Gesetzentwurf eine Erhöhung des Landeszuschusses verbunden. Gravierender wirkt sich hingegen die Ausweitung der Betreuungsverträge aus. Ein Umstand, der von Wissenschaft und dem Landesverband Kindertagespflege aus Gründen der Qualitätssicherung abgelehnt wurde.

Nicht nur in der Frage der Flexibilisierung der Angebote müssen immer das Wohl und die Belange des Kindes im Mittelpunkt stehen. Für Kinder ist es wichtig, konstante Bezugspersonen zu haben. Pädagogische Kernzeiten müssen eingehalten werden. Ideen zur unterschiedlichen Verteilung von Buchungszeiten bis hin zum Platz-Sharing dürfen im Kindeswohlinteresse hier nicht zu einer Beliebigkeit führen. Außerdem muss sichergestellt werden, dass Kinder in der Regel nicht länger als neun Stunden institutionell betreut werden.

Das KiBiz bleibt der Kindpauschalen-Logik treu und verfehlt damit die nötige Planungssicherheit. Erzieher_innen wissen erst nach Unterzeichnung der Betreuungsverträge, wie viele Stunden in der Kita von welchem Kind in welcher Gruppenkonstellation gebucht wurden. Damit sind die Erzieher_innen auch über einen langen Zeitraum in Unsicherheit über ihre persönliche Zukunft. Diese Unruhe trägt sich in die Einrichtung und trifft dort vor allem die Kinder und damit den pädagogischen Alltag.

Wir müssen uns von der Logik der Finanzierung durch Kindpauschalen verabschieden. Die Idee einer einrichtungsbezogenen Sockelfinanzierung hat die SPD bereits in ihrem Wahlprogramm skizziert und im Jahr 2018 in den Landtag eingebracht. Mit der Idee eines Sockels sind wir nicht allein. Zuletzt hat uns die Anhörung zum Gesetzentwurf, aber auch ein Landtagstalk der SPD-Fraktion am 25.11.2019 eindeutig gezeigt: die Sockelfinanzierung wird von allen Sachverständigen bevorzugt und gefordert. So könnte Planungssicherheit und mehr Qualität für die einzelnen Einrichtungen erreicht werden. Mehr Planungssicherheit hätte auch die von uns geforderte Senkung der Trägeranteile bedeutet. Sie hätte Träger und Kommunen entlastet.

Dank des „Gute-Kita-Gesetzes“ von Franziska Giffey (SPD) kann ein weiteres Kita-Jahr in Nordrhein-Westfalen beitragsfrei werden. Ein Fortschritt, der nicht auf

Anstrengungen der Landesregierung beruht. Schwarz-Gelb verantwortet weiterhin einen Flickenteppich an unterschiedlichen Elternbeiträgen. Es gibt in Nordrhein-Westfalen 186 Jugendämter und nahezu ebenso viele Gebührenmodelle. Die SPD-Landtagsfraktion hat wiederholt aufgezeigt, dass die Spielräume im Landeshaushalt vorhanden sind, um den Flickenteppich aus ungleichen Gebühren einzumotten und Elternbeiträge komplett abzuschaffen. Bildung muss gebührenfrei sein – was in der Hochschule gilt, muss in der Kita erst recht gelten.

Bis zuletzt haben wir auf wirkliche **Änderungen** am KiBiz gedrängt. Das Kindeswohl sollte in den Mittelpunkt gestellt werden. Mit zusätzlichen 500 Millionen Euro wollten wir den Systemwechsel zu einer Sockelfinanzierung einleiten, die Trägeranteile sollten gesenkt und Kita-Gebühren abgeschafft werden. Der Landeshaushalt hätte das hergegeben. Unsere Anträge wurden jedoch niedergestimmt. Für uns ist klar: Wir bleiben dran. Nach der Reform ist vor der Reform. Für die Familien in NRW.
#wirsindfamilie

Hier finden Sie unseren [Entschließungsantrag](#) zum KiBiz.

2. Kindern eine Stimme geben – Kinderschutzkommission eingerichtet

Seit dem Frühjahr 2019 hat sich die SPD-Fraktion im Landtag, nicht zuletzt wegen der unglaublichen Taten zunächst in Lügde und zuletzt in Bergisch-Gladbach, für das Einrichten einer **Kinderschutzkommission** eingesetzt. Für uns ist es wichtig, neben der Aufarbeitung der Taten in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss auch einen zukunftsgerichteten Blick zu bekommen. Dafür ist eine Kommission richtig und wichtig. Die Kinderschutzkommission soll schnellstmöglich ihre Arbeit aufnehmen. Seitens der SPD-Fraktion wird sie mit Britta Altenkamp als Vorsitzende, Dr. Dennis Maelzer als Sprecher, sowie Ernst-Wilhelm Rahe und Dr. Nadja Büteführ besetzt.

Der Auftrag zum Schutz von Kindern richtet sich an die gesamte Gesellschaft. Der Gesetzgeber ist aber gefordert, dafür den entsprechenden Rahmen zu schaffen. Die Bundesländer räumen den Kindern und ihrem Wohl unterschiedlich Raum ein. Es ist ein richtiger und konsequenter Schritt, denen einen Raum zu geben, die noch keine Möglichkeit haben, sich für die eigenen Belange einzusetzen. Diese Kommission ist dafür der geeignete Rahmen. Wir sind den **anderen Fraktionen** dankbar, dass sie nun den Weg dafür frei gemacht haben. Denn eines ist klar: Bei der Frage des Kinderschutzes sollten wir bei allem Dissens im Detail, immer versuchen, einen partei- und fraktionsübergreifenden Konsens zu erzielen, der dann auch das Zeug dazu hat, gesellschaftlich breit getragen zu werden.

Bisweilen ist in den Verhandlungen der Verdacht geäußert worden, der parlamentarische Bereich stünde in einem Konkurrenzverhältnis zum Regierungshandeln. Dazu kann man nur sagen: Liebe Ministerinnen und Minister, lieber Herr Ministerpräsident, wir sind alle angesprochen. Der gesamte Staat hat sich nach Lüge zu fragen: Haben wir genug getan und was müssen wir in Zukunft tun? Das gilt für die Regierung in gleicher Weise wie für das Parlament. Wenn das mal zu Reibungen führt, dann soll das im Sinne unserer Kinder eben so sein.

Was aber heißt Kinderschutz für uns? Für uns Sozialdemokraten lautet die Antwort, dass die körperliche Unversehrtheit im umfassenden Sinne gemeint ist: der Schutz vor Gewalt - auch und gerade vor sexualisierter Gewalt, aber auch der Schutz vor allen gesundheitlichen Gefahren. Zudem müssen Kindern Rechte auf gesellschaftliche und demokratische Teilhabe gesichert werden. Dazu gehört neben einem Bildungssystem, das schon in der Kita den höchsten Qualitätsansprüchen gerecht werden muss, das Erlernen von Mitbestimmung und demokratischer Kultur. Unbedingt sind Kinder vor Armut und deren Folgen zu schützen. Es kann und darf nicht sein, dass sich Armut ‚natürlicherweise‘ von Eltern auf die Kinder vererbt. Kinderschutz, Kinderrechte und der Kampf gegen Kinderarmut: dafür wollen wir uns nicht nur in der Kinderschutzkommission einsetzen. Für #starkekinder!

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dennis Maelzer MdL